



## Bündnis Städte Sicherer Häfen - Erklärung von Lesbos

<i>Einbringer/in</i>	<i>Datum</i>
01.0.3 Beauftragtenbüro/Integrationsbeauftragte/r	11.03.2020

<i>Beratungsfolge</i>		<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Beratung</i>
Hauptausschuss	Beratung	16.03.2020	Ö
Bürgerschaft	Beschlussfassung	30.03.2020	Ö
Bürgerschaft	Beschlussfassung	02.07.2020	Ö

### **Beschlussvorschlag**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald schließt sich der Erklärung von Lesbos vom 28.02.2020 an.

### **Sachdarstellung**

Im Oktober 2018 bekannte sich die Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit einem Beschluss der Greifswalder Bürgerschaft zum Sicherem Hafen. Seit Juni 2019 wirkt Greifswald im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ mit. Die Erklärung von Lesbos ist eine gemeinsame Initiative der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ und der Bewegung SEEBRÜCKE. Erstunterzeichner sind u. a. der Oberbürgermeister der Stadt Potsdam Mike Schubert (SPD) und der Oberbürgermeister von Rottenburg am Neckar Stephan Neher (CDU).

Als Mitglied unterstützen wir die Aktivitäten des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ und schließen uns der „Erklärung von Lesbos“ (siehe Anlage) an. Neben unserer humanitären Verantwortung gegenüber Geflüchteten besteht eine besondere Verpflichtung angesichts unserer guten Partnerschaft mit Samos. Auch diese griechische Insel ist durch ihre Lage an der EU-Außengrenze stark betroffen und hat ein großes, überfülltes Flüchtlingslager.

Greifswald und die Stadt Samos der gleichnamigen griechischen Insel verbindet seit 2015 eine freundschaftliche Kooperation, die durch die Deutsch-Griechische Versammlung initiiert und stetig fachlich begleitet wird. Eine ähnliche Situation eines überfüllten Flüchtlingslagers mit menschenunwürdigen Lebensverhältnissen wie auf Lesbos gibt es auch in Vathy in unmittelbarer Nähe von Samos-Stadt. Das Lager ist für 650 Menschen ausgelegt; aktuell leben dort um die 7.500 Menschen. Auf kleinstem Raum leben die Geflüchteten, darunter viele Familien mit Kindern in selbst gebauten Zelten aus Plastikplanen und Holz, ohne Strom und fließend Wasser. (Der Bürgermeister von Samos-Stadt, Herr

Georgios Stantzios, ist auch gleichzeitig Bürgermeister von Ost-Samos und damit auch für Vathy zuständig.)

**Finanzielle Auswirkungen**

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen (Ja oder Nein)?	HHJahr
Ergebnishaushalt	Nein	
Finanzhaushalt	Nein	

	Teil- haushalt	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto	Bezeichnung	Betrag in €
1				

	HHJahr	Planansatz HHJahr in €	gebunden in €	Über-/ Unterdeckung nach Finanzierung in €
1				

	HHJahr	Produkt/Sachkonto/ Untersachkonto Deckungsvorschlag	Deckungsmittel in €
1			

Folgekosten (Ja oder Nein)?			
-----------------------------	--	--	--

	HHJahr	Produkt/Sachkonto / Untersachkonto	Planansatz in €	Jährliche Folgekosten für	Betrag in €
1					

**Anlage/n**

- 1 Erklärung von Lesbos öffentlich

Uns erreichen derzeit die Nachrichten, die von einer Öffnung der türkischen Grenzen für Geflüchtete berichten. Die ersten Menschen sind bereits auf Lesbos eingetroffen. In den nächsten Tagen und Wochen könnte die Zahl der Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern drastisch steigen. Das zeigt nun noch mehr, wie dringend eine Lösung hier vor Ort in Griechenland gefunden werden muss. Dieses Elend muss ein Ende finden: Zehntausende Menschen werden auf den griechischen Inseln, auf europäischem Boden, in bitterer Not festgehalten. Dabei ist die Hilfsbereitschaft groß. Es gibt viele Städte, Kommunen und Landkreise, Kirchengemeinden und zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland, die hier helfen wollen, es aber nicht dürfen. Es fehlt ein europaweiter Mechanismus, wie ankommende geflüchtete Menschen in der EU verteilt werden.

„Unsere Kommunen, unsere Städte, unsere Landkreise und Kirchengemeinden, müssen Zufluchtsorte für alle Menschen bleiben, die Anspruch auf Hilfe und Schutz haben.“ erklären die Teilnehmenden einer gemeinsamen Delegation von Städten, Ländern, Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) und der SEEBRÜCKE.

Alle Forderungen ihrer „Erklärung von Lesbos“ im Wortlaut:

### **Erklärung von Lesbos**

Seit Monaten müssen mehr als 40.000 Menschen auf den ägäischen Inseln ausharren. Auch viele Familien, Kinder und Jugendliche sind in völlig überfüllten Hotspots untergebracht.

Wir sind Zeugen unhaltbarer Zustände: Menschen müssen in bitterer Kälte schlafen. Hygiene gibt es nicht. Es fehlt an medizinischer Versorgung, an Nahrungsmitteln, dem Allernötigsten zum Überleben. Die Hotspots wurden im Zusammenhang des erst 2016 verhandelten EU-Türkei-Abkommens eingerichtet. Diese humanitäre Katastrophe ist folglich politisch gemacht. Es muss alles dafür getan werden, die menschenunwürdigen Bedingungen in diesen Lagern unverzüglich zu beenden. Insbesondere darf sich die dringend gebotene Neuausrichtung des europäischen Asylsystems keinesfalls am EU-Türkeiabkommen orientieren.

Wir werden uns mit dieser Politik nicht abfinden und weiter für Mitmenschlichkeit einstehen. Unsere Kommunen, unsere Städte, unsere Landkreise und Kirchengemeinden, müssen Zufluchtsorte für alle Menschen bleiben, die Anspruch auf Hilfe und Schutz haben.

Gemeinsam mit vielen Verantwortlichen aus Kommunen, Kirchen und der Zivilgesellschaft fordern wir daher:

### **I. Familien zusammenführen – geltendes Recht umsetzen**

Wir fordern die schnelle Familienzusammenführung von Schutzsuchenden in Griechenland mit ihren Verwandten in Deutschland. Ihre Aufnahme ist kein Gnadentat, sondern die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin-Verordnung. Hier sind die deutschen Behörden in der Verantwortung. Auch andere Rechte müssen erfüllt werden, wie die angemessene Unterbringung und ein faires Asylverfahren.

### **II. Alle unbegleiteten Minderjährigen evakuieren**

Wir fordern die sofortige Aufnahme aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge durch willige EU-Staaten. Deutschland sollte hier vorangehen. Die Dublin-Verordnung bietet alle Möglichkeiten, die humanitären Aufnahmen zu realisieren.

### **III. Kommunale Aufnahme ermöglichen**

Wir fordern, Ländern, Städte, Kommunen und Landkreisen die zusätzliche Aufnahme von geflüchteten Menschen zu ermöglichen, z. B. durch eine Änderung der Aufnahmeanordnung nach § 23 Abs. 1 AufenthG. Bundesländer sollen in Eigenverantwortung Landesaufnahmeprogramme starten können, ohne von der Bundesregierung blockiert zu werden. Aktuell sind derartige Landesaufnahmeprogramme für unbegleitete Minderjährige aus Griechenland in Berlin, Bremen, Thüringen und Hamburg in der Diskussion. So können Städte tatsächlich zu „sicheren Häfen“ werden!

### **IV. Das EU-Türkeiabkommen darf keine Blaupause für das europäische Asylsystem sein**

Wir fordern einen Neustart der europäischen Asylpolitik, bei dem die Interessen der Mitgliedstaaten und der Schutzsuchenden gleichermaßen berücksichtigt werden. Es braucht sichere und legale Wege für Asylsuchende und für Migranten. Die aktuell in EU-Kommission und Mitgliedstaaten diskutierten Reformpläne mit Hotspots an den europäischen Außengrenzen sind dafür völlig ungeeignet. Menschen allein wegen ihres Asylgesuches zu inhaftieren, verstößt gegen geltendes europäisches Recht. Es ist offenkundig, dass die bestehenden Lager keine Entlastung der Außengrenzstaaten bewirken. Ganz im Gegenteil werden Räume der Rechtlosigkeit und des Elends geschaffen.

28. Februar 2020